0

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 93. X. BAND 25. April 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter“

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 93 25. April 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Abermals die Grenzberichtigungen.

Die Gerüchte über die bevorstehenden Grenzberichtigungen in Polen wollen nicht aufhören. Eine amtliche Erklärung über die schwebenden Projekte in dieser Beziehung liegt nicht vor; wir haben auch keinen Grund, anzunehmen, daß die Regierung des Grafen Hertling, die immer Worte der Freundschaft und Verständigung für Polen hatte, wirklich diese Annexionsgelüste teilt; wir haben einen zu guten Begriff von der politischen Einsicht dieser Regierung, von deren Einblick in die Weltlage, von der Gewissenhaftigkeit der Mehrheitsparteien, um diesem Gedanken Raum zu geben. Wir müssen aber auch die Ideen der Minderheit der deutschen Politiker aufmerksam verfolgen und ihre Methoden und Ziele rechtzeitig festnageln.

Um die weiten Kreise der deutschen Leser mit den Annexionstendenzen vertraut zu machen, wird die Stimmung gegen Polen entsprechend aufgepeitscht. Realpolitiker werden plötzlich zu Gefühlsmenschen und spielen die dunkelsten Instinkte des im alten Aberglauben gegen das Polentum erzogenen Lesers aus. Unglaubliches wird auf diesem Gebiete geleistet. Wir müßten die engen Rahmen unseres Blattes fortwährend mit Polemik ausfüllen, sollten wir auf alle diese Hetzartikel antworten. Wie sehr der historischen Wahrheit und dem gewöhnlichen Anstandsgefühl ins Gesicht geschlagen wird, beweist z. B. der Aufsatz der „Berliner Neuesten Nachrichten“ vom 9. April d. J.: „Schauspielereien der Politik“. Nach dem Verfasser dieses Aufsatzes ist die polnische Politik „nichts anderes als eine auf theatralische Wirkungen berechnete Geste, die man in der polnischen Geschichte neuerer Zeit nur allzuoft wahrnehmen konnte“. Und nicht nur die neuere Geschichte Polens, voll von unverdienten Schicksalsschlägen, voller Standhaftigkeit und Leiden während der blutigsten Kämpfe zwischen Bruder und Bruder auf allen Schlacht-

feldern Europas, besudelt dieser Verfasser; er läßt sich auch zu weitgehenden historiosophischen Verallgemeinerungen hinreißen. „Es dürfte — lesen wir in diesem Aufsatze — im allgemeinen nicht unbekannt sein, daß die Seele des unter den ungemein günstigen politischen Umständen aufgewachsenen und durch das Schicksal verwöhnten polnischen Volkes — unempfindlich gegen alle Erscheinungen im Völkerleben war, daß sie jeder sozialpolitischen Aenderung und Entwicklung im übrigen Europa eine völlige Gleichgültigkeit entgegenbrachte; während in West- und Mitteleuropa der Kampf gegen Absolutismus und Reaktion tobte, — waren die Polen die einzigen, die sich indessen auch weiterhin der Hypnose der historischen großpolnischen Traditionen und der Illusion über ihre Ausnahmestellung in der Völkerfamilie hingaben“. Jedes Wort — eine Verhöhnung des menschlichen Empfindens, jeder Gedanke ein Spott auf die geschichtliche Wahrheit.. Die Polen unter den ungemein günstigen politischen Umständen aufgewachsen? Ein Volk, das im Laufe von 150 Jahren von der physischen Uebermacht der Gegner Schlag auf Schlag, Katastrophe nach Katastrophe, Blutbad nach Blutbad erleiden mußte? Und wenn der Artikelschreiber ausführt, daß die Polen unempfindlich gegen alle Erscheinungen im Völkerleben waren, daß, während in Europa der Kampf gegen Absolutismus und Reaktion tobte, die Polen sich lediglich ihren egoistischen Interessen hingaben, so müssen wir den Satz mit Mitleid hinnehmen. Nur der völligen Ignoranz ist es unbekannt, daß mit der Parole: Für eure und unsere Freiheit, die Polen die unermüdlichen Ritter der Völkerbefreiung waren, daß von dem Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Neuzeit auf sämtlichen Kampffeldern, wo für Völkerbefreiung und soziale Gerechtigkeit gefochten wurde, polnisches Blut reichlich floß, daß auch für die Befreiung Rußlands vom Zarismus, sogar für die Freiheit der Ukraina, die Polen mit den Besten dieser Völker zusammen gekämpft haben. Und wenn in der letzten Zeit die polnischen Führer zurückhaltender geworden sind, so kommt das daher, daß sie überall mit Undank belohnt wurden, daß sie Fremde befreit haben und den Niedergang der eigenen Nation ansehen

mußten, und daß Politiker vom Schlage der „Berliner Neuesten Nachrichten“ die Parole des nationalen Egoismus verkündigt haben, um sie in erster Reihe gegen das wehrlose Polen zu richten. Und jetzt machen dieselben Leute, die seit jeher Stütze der finstersten Reaktion und brutalster Eigenliebe sind, den Polen ob ihrer Gleichgültigkeit allgemein menschlichen Idealen gegenüber Vorwürfe.

Was hilft aber jedwede sachliche Argumentation! Sollten wir bewiesen haben, daß die Polen Vorkämpfer der Völkerbefreiung waren, so wird man uns den Vorwurf machen, daß die Polen eben immer Aufwiegler und Ruhestörer waren. Wegen ihrer Freiheitsliebe und Aufopferung hatten ja die Polen von der Rache und dem Hohn der siegreichen Reaktion so viel zu leiden, daß sie endlich gegen alle Befreiungslosungen mißtrauisch wurden und sich auch dort passiv verhielten, wo wir ein aktives Eingreifen verlangten. Genug aber dieser unseren verlorenen Worte über die Erudition und Gefühlsdemagogie unserer Gegner. Die maßgebenden Kreise werden gewiß nur mit Realgründen rechnen, und diese müssen in erster Reihe berücksichtigt werden. Wie sieht also der sogenannte „deutsche Grenzschutz gegen Polen“ aus?

Wie der „Bergwerkszeitung“ aus Schlesien geschrieben wird, besteht nunmehr von seiten der Regierung die Absicht, die Grenzsicherungen in der Form durchzuführen, daß ein Teil des polnischen Industriebeckens von Dąbrowa in das preußische Staatsgebiet einbezogen wird, während der in polnischem Besitz verbleibende Teil des polnischen Industriegebietes zu einer wirtschaftlichen Einheit mit dem oberschlesischen Industriegebiet verschmolzen wird. Auch dem Vorwurf, daß dadurch einige Millionen Polen dem preußischen Staate zugeführt werden, begegnet ein „freisinniges“ Blatt, die „Breslauer Zeitung“, mit der Behauptung, „daß es Unsinn sei, anzunehmen, wir würden durch diese Grenzberichtigung einen Zuwachs von 2 Millionen Polen erhalten. Auch der vierte Teil dieser Ziffer wäre noch zu hoch gegriffen. Das Land in dem schmalen Grenzstreifen, den wir von der Warthequelle bis zur Netze (?) und der westpreußischen Grenze im

Auge haben, ist dünn bevölkert, und große Städte gibt es darin überhaupt nicht. Die meisten Einwohner zählt noch Czenstochau mit 45 000, Bendzin und Kalisch mit je 20 000 Bewohnern; die übrigen größeren Orte, Koło, Konin, Sieradz, Wielun und Sosnowice, sind mittlere Kreisstädte mit noch nicht 10 000 Einwohnern. Man soll also keinen Schrecken an die Wand malen, der niemandem ernstlich droht.“ Hier ist ein klassischer Beweis, wie das böse Gewissen mit „zugeschnittenen“ Ziffern operiert, um dem gutgläubigen deutschen Leser das plausibel zu machen, was sonst seiner Ehrlichkeit zuwider wäre. Aus dem obigen Zitat erfahren wir, was für ein „schmaler Grenzstreifen“ von Polen abgeschnitten werden soll. Vergleichen wir die angeführten Ziffern mit der Wirklichkeit. In der Wirklichkeit hat der Bezirk Częstochowa 1924 qkm, die Stadt Częstochowa zählte im Jahre 1913: 99 557 Einwohner, darunter 66 900 Katholiken; der Bezirk Bendzin hat 1366 qkm, die Stadt Bendzin hatte im Jahre 1913: 55 013 Einwohner; die Stadt Sosnowiec hatte im gleichen Jahre 114 458 Einwohner; der Bezirk Kalisch hatte 1431 qkm, die Stadt Kalisch zählte im Jahre 1913: 60 550 Einwohner, darunter 49 500 Katholiken usw., usw., usw., bis wir in die Millionen kommen.

Manchen Politikern ist aber diese Teilung Polens noch zu wenig gründlich. Sie möchten „ganze Arbeit“ haben. Der Hauptvertreter der antipolnischen Politik in Preußen, Herr George Cleinow, entwirft ein großartiges Bild einer neuen „Ostmark“. Von der Sehnsucht nach einem freundschaftlichen Verhältnis zu Rußland getrieben, in dem, seiner Meinung nach, die Polen ein störendes Element sind, möchte er die zwischen Deutschland und Rußland liegenden Gebiete ohne Rücksicht auf die Nationalitäten zu einer Wirtschaftseinheit zusammenfassen, in der den Deutschen die führende Rolle zufiele. Was Polen anbetrifft, so soll aus den bis jetzt zu Litauen gehörenden Teilen des Gouvernements Grodno, ferner aus Lomża und Płock, ein neues Südpreußen geschaffen werden, „begrenzt im Süden durch Bug und Weichsel. Dies Gebiet sei deutsches Kolonisationsland, ebenso wie westliche Teile des Gouvernements Warschau, Kalisch

und Petrikau. Das Siedelungsland wäre in erster Linie den Donationsgütern, dann dem Großgrundbesitz zu entnehmen. Etwa auszusiedelnde Bevölkerung wäre nach Weißrußland zu leiten, wo genügend Großgrundbesitz zur Besiedlung durch Bauern vorhanden ist, und die geringe Bevölkerungsdichte auch sonst noch Hunderttausenden Raum bietet“.

Ob dies schon das letzte Wort der Prediger der „Grenzberichtigungen“ ist, wissen wir nicht. Bei der Schüssel kommt der Appetit, und wer weiß, welch ein Appetit sich noch morgen wird verspüren lassen. Gegen ungesunden Appetit kann man mit Verstandesargumenten nicht kämpfen. Vergebens wären sämtliche Beweisgründe gegen Leute, die mit unrichtiger Geschichte, mit unrichtiger Statistik, mit unrichtigen politischen Voraussetzungen operieren. Den Leuten, die Appetit auf das Dąbrowaer Kohlenbecken zeigen und dies mit „strategischen Gründen“ motivieren, wird man es nicht klarmachen können, daß die Kohlenindustrie des Dąbrowaer Bezirks kaum 3% der deutschen Kohlenproduktion ausmacht, was doch für die deutsche Kohlenförderung fast keine Bedeutung hat, während es für Polen das e i n z i g e Kohlenrevier und somit die wichtigste ökonomische Lebensfrage ist; daß es dagegen auch im deutschen Interesse fraglich ist, ob die Einverleibung von einigen Hunderttausenden polnischer Arbeiter mit stark entwickeltem Nationalgefühl und erwiesenem agitatorischen Talent ein Gewinn wäre, die nach Jahren gewiß in Schlesien ein stark polonisierender Faktor sein werden. Auch die Muttergottes von Częstochowa, unter den Fittigen des preußischen Adlers, wäre ein ziemlicher polonisierender Faktor. — Herr George Cleinow hat, wie immer, wenig Glück, wenn er den Boden der Geschichte betritt. Er glaubt in der guten alten Zeit zu leben, wo Feindseligkeiten gegen Polen ein Bindeglied zwischen Preußen und Rußland waren; die Zeiten haben sich aber ein wenig geändert. Heute ist nicht die Freiheit Polens ein Störer der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Mit der Freiheit Polens hat sich jeder Russe befreundet; eben nur die Unfreiheit Polens würde das deutsch-russische Verhältnis stören und den Russen dazu verhelfen,

sich zu Beschützern Polens aufzudrängen. Das wollen wir verhüten, Herr Cleinow treibt dazu. Die deutsch-russische Spannung wird bestehen, nicht Polens wegen, sondern wegen anderer „Grenzberichtigungen“; jeder logisch denkende Mensch wird sich dabei sagen müssen, daß Polen deswegen eine Notwendigkeit ist, aber nicht das von Herrn Cleinow konstruierte Polen, das mitsamt den im Süden empfohlenen „Grenzberichtigungen“ gegen 4 Millionen Polen vom befreiten, unabhängigen Polenreiche abtrennen soll.

Um schließlich die öffentliche Meinung vollständig zu täuschen, redet man ihr ein, daß die Polen sich mit solchen Teilungen früher oder später befreunden werden, und man beruft sich auf das Beispiel der Haltung des Polenklubs in der russischen Staatsduma, der sich angeblich auch mit der Abtrennung des Chełmer Landes vom Königreich befreundet hätte. Das ist eine dreiste Fälschung! Kein Pole hat sich je mit der Abtrennung Chełms befreundet, noch weniger würde man sich mit neuen Teilungen befreunden, und zwar in Grenzstreifen, wo nicht eine gemischte Bevölkerung, sondern das ganze Gebiet von ethnographisch reinen Polen, deren Geschichte seit einem Jahrtausend aufs engste mit dem polnischen Staate verknüpft wird. Sollte ein böser Genius den schlimmsten Keil schaffen wollen, um Polen und Deutschland für alle Ewigkeit zu trennen und eine Annäherung nicht zuzulassen, so würde er wirksamere Ideen, wie die des Herrn Cleinow und der Anhänger der Annexionen des Dątrowaer Kohlenbeckens nicht ausdenken können. So und nicht anders würde die „Grenzsicherung“ in Wirklichkeit aussehen. Logischerweise würde dies auch tiefe Schatten auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich werfen, denn die Habsburger Monarchie verwaltet jetzt einen Teil von dem Dąbrowaer Kohlenbezirk und das Kloster Częstochowa, und sie wird ferner auf eine sehr komplizierte Polenpolitik angewiesen sein. Die „Kölnische Volkszeitung“ gibt die Möglichkeit von neuen Teilungen Polens zu, tröstet aber ihre Leser damit, daß man in entscheidenden Stellen bestrebt ist, „unter entgegenkommender Würdigung aller militärischen wie politischen Gesichtspunkte

diejenige Lösung zu finden, die unseren militärischen wie wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht, in politischer Hinsicht aber zum wenigsten größere Nachteile möglichst vermeidet. Damit kann man sich heute wohl zufrieden geben". Wir glauben aber, daß diese Zufriedenheit nicht ganz überdacht und nicht das letzte Wort des Zentrumsorgans ist.

Nein, täuschen wir uns nicht, es handelt sich um Lebensfragen von allergrößter Tragweite für Polen, aber auch für Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Es handelt sich nicht um kleine Grenzfragen, um geringere oder größere Regulierungen, um Teilarbeit auf polnischem oder preußischem Gebiete, sondern um Verwirklichung oder Verkennung der ganz großen Ideen, um die gegenwärtig in der Welt gekämpft wird. Die Polenfrage ist ein Probierstein, wie Deutschland sich zu den entscheidenden Problemen des Weltgewissens und der Weltpolitik stellt. Und da hat Herr Professor Hoetsch recht, wenn er folgendes formuliert:

„Man kann die polnische Frage von zwei Standpunkten aus betrachten; die austropolnische Lösung lehnen wir ja nach wie vor grundsätzlich ab. Man kann ein mit den Zentralmächten durch Interesse und Sympathie verbundenes Polen erstreben, dessen Ansprüche auf Mińsk und Chełm zu erfüllen wären und für das unsere Ostmarkenpolitik aufgegeben werden könnte, weil dieses Polen mit uns innerlich verbunden ist. Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft, deren militärische Grenze dann in der Gegend von Brest-Litowsk liefe, sichert uns gegen Rußland, wobei Deutschland im polnisch-ukrainischen Gegensatz logisch sich auf der Seite der Polen halten muß. oder man geht davon aus, daß zwischen Polen und dem Deutschen Reich unversöhnliche politische Gegensätze bestehen, daß der zukünftige polnische Staat, wenn er „seine Orientierung nach freier Wahl" treffen kann, diese unter allen Umständen gegen Deutschland suchen wird, weil er nur so noch Volksgenossen befreien und den Zugang zur See gewinnen kann. Diese Auffassung stellt den Schutz des Deutschtums im Innern und die militärische Grenzsicherung gegen Weichsel-Polen in die erste Linie und nimmt in den

östlichen Fragen heute, da zunächst politisch nur mit der Ukraina gerechnet werden kann, Stellung auf Seite der Ukrainer gegen die Polen. Zwischen beiden Auffassungen wird man sich entscheiden müssen; gleichszeitig kann man nicht ein unabhängiges, gegen Groß- und Kleinrußland gerichtetes und mit uns wirtschaftlich und innerlich verbundenes Polen zur Sicherung aufrichten und gegen dieses wiederum militärische Grenzverschiebungen vornehmen und in Preußen Ostmarkenpolitik fordern. Einer solchen Entscheidung geht aber unsere politische Leitung aus dem Wege.“

Die Frage der sogenannten austro-polnischen Lösung kann im obigen Zusammenhange unberührt bleiben. Auch glauben wir nicht, daß die deutsch-polnische Interessengemeinschaft eine Gegnerschaft zwischen Deutschland und der Ukraina nach sich ziehen müßte. Was aber für uns sicher ist, das ist die Ueberzeugung, daß es heute noch Zeit ist, die deutsch-polnische Gegnerschaft zu beseitigen, ohne Schädigung deutscher Interessen eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen. Natürlich führt dazu nicht der zweite, sondern der erste, von Professor Hoetsch erwähnte Weg. Das ist auch der einzige Weg, der mit dem Weltgewissen und mit den zum Durchbruch kommenden Ideen der Weltpolitik vereinbar ist.

Wir wünschen und hoffen, daß die deutsche Reichsregierung und die deutschen Mehrheitsparteien diesen und keinen anderen Weg antreten werden.

Fürst Ferdinand Radziwill:

Rede in der Sitzung des Preussischen Herrenhauses am 10. April 1918.

Meine Herren! Der gestrige Beginn unserer Beratungen über den Antrag Ihrer Kommission auf Nr. 258 hat ja bereits manche Punkte hervorgehoben, die für die Aufnahme dieses Kommissionsantrages im Hause bezeichnend sind. Der Anlaß zur Diskussion ist anscheinend ein ziemlich geschäftsmäßiger gewesen: die Kenntnisnahme der Denkschrift über die Resultate der Ansiedlungskommission im letzten Jahre. Dies gibt naturgemäß den Anlaß, unsere Stellung, die oft bekannt gewordene Stellung der polnischen Fraktion zur Ansiedlungskommission wie im anderen, so auch in diesem

Hohen Hause zu unterbreiten. Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, die Ansiedlungskommission als einen integrierenden Teil der Ausnahmegesetze, die gegen die Bodenständigkeit des polnischen Stammes in Preußen gerichtet waren, abzulehnen. Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir diese Ansiedlungskommission als gegen die Gleichberechtigung der Staatsbürger in Preußen ansehen, daß wir sie als einen Eingriff in die auch den polnischen Staatsbürgern, soweit sie ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, im Namen der Gerechtigkeit zustehenden Rechte ansehen. Es ist ja vielfach, auch in diesem Hohen Hause, so dargestellt worden, die Ansiedlungskommission sei doch eine humanitäre, allgemeine zu billigende Maßnahme, von der niemand abstehen und zu deren Abstandnahme niemand auffordern könnte. Das ist aber doch eine flagrante Verkennung der wirklichen Verhältnisse. Wie liegen denn die Sachen? Durch die Ansiedlungskommission ist in der Zeit des Fürsten Bismarck der Beginn der sogenannten Antipolenpolitik eröffnet worden. Können Sie es, meine Herren, mit der Gerechtigkeit gegen die Ansiedlungsuchenden polnischen Stammes in Einklang bringen, wenn Sie nicht verkennen können, daß die Mittel, welche in reichem Maße nach Millionen auf die Durchführung der deutschen Ansiedlungspolitik in Preußen verwendet wurden, auch aus den Steuern der polnischen Staatsbürger bezahlt werden? diese Mittel dem polnischen Staatsbürger aber zu Ansiedlungszwecken versagt bleiben, ihnen den Grund und Boden und das Recht der Landesständigkeit in Preußen unter den Füßen wegziehen? Eine Differenzierung wurde eingeführt, die auf die Dauer dem Gefühl der Polen sich als unerträglich darstellt, und die in steigendem Maße als vergiftend auf das gute Einvernehmen zwischen den beiden Nationalitäten, die nach Gottes Ratschluß in einem Lande zusammenwohnen, vergiftend wirken mußte. Im Lichte solcher Erwägungen fallen alle Redensarten von humanitären und zivilisatorischen Zwecken, von Besserung bäuerlicher Zustände, von Aufrechterhaltung, namentlich des bäuerlichen festen Grundbesitzes und seiner Stärkung in sich zusammen. Es bleibt der bittere Rest der Differenzierung des Staatsbürgerrechts. Deshalb werden Sie es auch begreiflich finden, wenn wir uns, entsprechend unserer bisherigen Haltung, die wir in allen parlamentarischen Körperschaften stets eingenommen haben, prinzipiell gegen die Idee, wie sie gesetzlich in dem Bestehen der Ansiedlungskommission festgelegt ist, uns ablehnend verhalten müssen auch im Sinne derjenigen, die die Begriffe von Staatsgemeinschaft mit ihren deutschen Mitbürgern fördern wollen.

Dann ist Ihre Kommission aber noch weiter gegangen. Sie hat zu dem Antrage, diese Sache ganz einfach als selbstverständlich zur Kenntnis zu nehmen, ein Anhängsel proponiert, das unter den

jetzigen Verhältnissen in unseren Augen eine Bedrohung der zukünftigen Fundamentierung darstellt, welche durch die Proklamation der beiden Kaiserreiche Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichzeitig in feierlicher Weise am 5. November 1916 als ein zu bildendes, unabhängiges neues Staatengebilde in Europa verkündet wurde. In dieser Beziehung nimmt Ihre Kommission Abstand von der geschäftsmäßigen Behandlung der Denkschrift, der Kenntnisnahme des Berichts der Ansiedlungskommission, und sie hat mit einer gewissen Beflissenheit geglaubt, durch den Mund des Herrn Berichterstatters bei dieser Gelegenheit die ganze polnische Frage aufrollen zu müssen. Meine Herren, ich konstatiere, daß diese Frage hier bei dieser minimalen Angelegenheit zur Sprache kommt. Aber wir sehen in dem Beschluß der Kommission den Wunsch, gerade in der jetzigen Zeit auf die Königliche Staatsregierung einen gewissen Druck in einer Richtung auszuüben, die wir absolut nicht als berechtigt anerkennen können. Ich weiß nicht, ob in diesem Hohen Hause die Stimmung in dieser Beziehung eine einheitliche ist und sein wird; ich konstatiere nur ein Faktum, und ich konstatiere dieses Faktum in Anlehnung daran, daß die Königliche Staatsregierung durch den Mund des Herrn Reichskanzlers und der deutschen ausschlaggebenden Regierungsgewalten die Aufrechterhaltung des Prinzips erklärt hat, das in der Proklamation vom 5. November 1916 durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufgestellt worden ist, und das sie in unzweideutiger Weise als den Boden, auf dem sie beharren wolle, dargelegt hat. Auch die Mehrheitsparteein des Deutschen Reichstags haben ihrerseits in bezug auf die zukünftige Bildung der Grundlagen des polnischen Staates, welcher hier in Frage kommt und vorbereitet werden muß, ihre Meinung über bestimmte Richtlinien geben zu dürfen geglaubt, und die Königliche Staatsregierung hat, abgesehen von kleineren Differenzen, in Aussicht gestellt, mit den Mehrheitsparteien im großen und ganzen Hand in Hand gehen zu können. Ich nehme an, daß diese Enunziationen seitens des Herrn Reichskanzlers und der anderen maßgebenden Instanzen wirklich als eine ernstlich und sachlich erwogene Richtlinie der deutschen Politik angesehen werden dürfen. Ich kann daher gerade auch von unserer Seite nicht annehmen, daß dieses Hohe Haus etwa in dieser Beziehung sich in flagranten Gegensatz setzen wolle mit den Gedanken und den Richtlinien der Reichspolitik. Die Resolution, die der Herr Berichterstatter uns gestern in dankenswerter Weise sehr ausführlich dargelegt hat, nimmt verschiedene Wünsche und angebliche Notwendigkeiten in Aussicht, wenn auch nicht ganz klar definiert, die er in diesem Hohen Hause anzunehmen vorschlagen will. Sie eröffnet ihrer Bedeutung nach um so klarer weitgehende Möglichkeiten der Einschränkung des künftigen polnischen Staates in mini-

male Grenzen, nach dem Wunsche, die in friedlicher Weise durch die Monarchen proklamierte Gründung ihrer inhärenten Großzügigkeit zu entkleiden, welche noch kurz vor dieser Zeit hier in feierlicher Weise von Seiner Majestät dem Kaiser in Aussicht gestellt wurde und dem selbständigen polnischen Staate in Zukunft die Aussicht der Kaiserlichen Fürsorge und seines Schutzes für sein Wohl eröffnete. Die Worte Seiner Majestät und seiner Räte, hoffe ich, werden niemals in diesem Hause unterschätzt werden. Wir jedenfalls tun es nicht und glauben ein Recht darauf zu haben, dieselben als ernstgemeinte und wahre Richtlinien der Politik der Staatsregierung aufzufassen.

Was besagt nun die vorgeschlagene Resolution? Sie besagt in allgemeiner Weise, daß Garantien geschafft werden müssen, für die Sicherstellung der Grenzen des Reichs gegen den polnischen Staat. Nun ist es ja allerdings merkwürdig, daß der Gang der Kriegsereignisse die Verhältnisse so gestaltet hat, daß über die grundlegende Ausmessung eines künftigen neuen Staates in Mitteleuropa, der selbständig über seine künftigen Geschicke bestimmen soll, Unklarheit noch herrscht. Der Staat existiert ja als solcher noch nicht in voller Betätigung seines Lebens, er existiert aber im Prinzip. Darauf hat Herr Trotzki bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk mit blutigem Hohn hingewiesen, den die Vertreter der Kaiserlichen Regierung hinnehmen mußten, wenn er sagte: Sie sprechen von einem Königreich! Wo ist denn der König? Sie sprechen von einem Staate! Wo hat der Staat seine Grenzen? Gerade in bezug auf diesen Punkt wollen Sie nun hier in dieser militärisch und staatlich ganz ungeklärten Situation jetzt schon Richtlinien dafür aufstellen, wie weit überhaupt die Grenzen des polnischen Staates gehen dürfen oder nicht. Das ist ein Vorgehen, das in der Geschichte, glaube ich, noch keinen Vorgang gehabt hat. Die Sache liegt doch aber so: der polnische Staat ist gegründet, er ist aber infolge der militärischen Okkupation vorläufig noch nicht in voller Verwaltung der staatlichen Behörden. Das ist ja ganz natürlich, weil eben der Krieg noch gar nicht aufgehört hat. Nachdem nun kurz nach der Proklamation — über die ich mir erlaubt hatte in diesem Hause, es war im Anfang des vorigen Jahres, eine Erklärung abzugeben, die in der gestrigen Diskussion mehrfach zitiert worden ist — durch den Ausbruch der russischen Revolution eine vollständige Umwälzung der politischen Verhältnisse stattgefunden hatte, nachdem dadurch die von unserer Nation bewohnten Landstriche in furchtbarer Weise in Mitleidenschaft gezogen worden waren, glaube ich, daß jetzt noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist, in dem die Verhältnisse geklärt sind und in dem von irgendwelchen Grenzberichtigungen noch nicht existierender Grenzen gesprochen werden kann. Ueberlassen wir das der späteren

Zeit, überlassen wir das der Logik der Tatsachen, überlassen wir das der Zukunft! Halten wir aber fest an dem Prinzip, das ich damals mit den Worten präzisierte, die ich die Ehre hatte vor diesem Hause im Anfange des vorigen Jahres zu sprechen: Der zu begründende Staat entlöst in den Herzen der polnischen Nation Gefühle warmer Dankbarkeit, namentlich auch für die Person des sehr verehrten, als Generalgouverneur in Warschau noch heute fungierenden Generals von Beseler. Er hat in wahrhaft staatsmännischer Weise gesucht, auf die Bedürfnisse der polnischen Nation jenseits unserer Grenzen einzugehen. Er hat mit einem Aufwand von ungeheurer Arbeit und Kraft und gutem Willen versucht, Ordnung in vollständig aufgelöste und nicht zu bemeisternde Strömungen in der Nation zu bringen und Abhilfe zu schaffen. In dieser Beziehung können wir unter einer Bedingung unseren Dank aussprechen, daß diese Ordnung und daß die Maßnahmen der Okkupation in allen okkupierten Ländern nicht nach dem Maßstabe einer egoistischen deutschen Finanzpolitik getroffen werden, nicht so, um aus der Zeit der Okkupation etwa in unerhörter Weise Werte aus dem Lande zu schaffen, die sich augenblicklich in der Hand der okkupierenden Militärbehörden befinden und die dazu mißbraucht werden können, um dem Lande nicht Vorteil, sondern unberechenbaren Nachteil, Verwüstung und Verarmung zu bringen. Das ist, denke ich, bei aller Freiheit, die die militärische Behörde in der Verfolgung ihrer kriegerischen Ziele hat und haben muß, eine Vorbedingung, damit von seiten der Regierung auf eine freudige Zustimmung zu der sogenannten Befreiung Polens von der zarischen Herrschaft, von der hier gesprochen wurde, gerechnet werden darf. Denn wenn man aus dem Regen in die Traufe kommt, wie dies tatsächlich, ich hoffe nur vorläufig, für die polnische Bevölkerung in weitgehendstem Maße der Fall ist (Hört! hört!), so liegt doch eine gewisse moralische Verpflichtung für die Regierung, die die Sache allein in Händen und zu leiten hat, vor, die Zukunft des von ihr proklamierten Staates auch vorläufig schon in einer gewissen rücksichtsvollen, der politischen Moral nicht widersprechenden Weise in die Hand zu nehmen. In der Beziehung, meine Herren, haben sich in der polnischen Bevölkerung, wo immer sie auch ansässig sei, Begriffe und Mißtrauen eingeschlichen, die, durch die Gewalt der Tatsachen hervorgebracht, nachwirken und nachwirken müssen in dem seitens der Königlichen Staatsregierung so gewünschten guten Einvernehmen der polnischen Bevölkerung mit der deutschen hier im Lande. Dieses Einvernehmen setzte natürlich voraus, daß hier in dankenswerter Weise — ich muß es namentlich von dem Herrn Minister des Innern sagen — vielfach prinzipiell die Auffassung in letzter Zeit vertreten worden ist, daß eine Aufhebung derjenigen Ausnahmegesetzgebung und administrativen Ausnahmebestimmungen, die heute noch in Preußen

bestehen und nur zum allerwenigsten Teile bisher in mildere Exekutive getreten sind, restlos durchgeführt werde.

Hierüber ist auch die Debatte im Abgeordnetenhause und besonders die Erklärung der polnischen Fraktion in etwas weit herangezogener Weise in Ihrem Kommissionsbericht und auch gestern hier erwähnt, die aber als nicht richtig aufgefaßt sich erweisen dürfte. Schon der Bericht des Herrn Berichterstatters gestern, der die Sache ja ausführlich besprochen hat, und der aus der Enunziation eines Mitglieds der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses — — (Berichterstatter Dr. Körte: Namens der Fraktion!) — Ja, diese Erklärung ist namens der Fraktion abgegeben, aber ich kann, wenn ich sie unvoreingenommen durchlese, gar nichts daran finden, was als eine horrende Auflehnung gegen die Idee der Verständigung zwischen der polnischen und der deutschen und der deutschen Bevölkerung in Preußen zuwiderlaufen müßte. Die Sache ist einfach geschehen in einer Weise, von der man vielleicht sagen kann, daß, wo es Aufgabe der Deklaration im Abgeordnetenhause war, dabei vielleihct das suaviter in modo in Vergessenheit gekommen war. Aber, meine Herren, das sind doch Nuancen der Gefühlspolitik (Na! na!), die, glaube ich, in weltgeschichtlichen Entscheidungen eine solche Rolle nicht spielen sollten, wie der Kommissionsbericht hier als vorliegend ansehen zu müssen glaubte. Nein, meine Herren, lassen wir das sein, lassen Sie einzelne Enunziationen, mögen sie auch scharf genug sein, lassen Sie vielmehr den Tatsachen, wie sie bestehen, und wie wir sie doch mit kaltem Blute ins Auge fassen müssen, das Wort, und suchen Sie nicht durch Hineinziehung persönlicher Gesichtspunkte die Sache zu verwischen, die doch für die großen Aufgaben der Jetztzeit durchaus inkongruent ist und vollständig zu übergehen sein sollte. Ich kann meinerseits dem Herrn Minister des Innern nur sagen, daß ich manchen Enunziationen, die von seiner Seite in dieser Frage in letzter Zeit sowohl im Abgeordnetenhause wie auch in privater Weise durch eine sehr beachtenswerte Auslassung einem Korrespondenten der Neuen Freien Presse gegeben wurden, zustimmen kann, namentlich auch in dem Punkte, daß alles restlos aus der Antipolen-Gesetzgebung und administrativen Betätigung entfernt werden möge, worin die polnische Nation eine Zurücksetzung gegen die deutsche erkennen müsse. Wenn er mit Logik und Konsequenz, die wir von ihm erhoffen, zum Teil auch schon kennen, diese Richtlinie festhält, so wird er, glaube ich, in dankenswerter Weise zu der Verständigung beitragen, für die wir auch unsererseits in letzter Zeit bei verschiedener Gelegenheit eingetretn sind.

Wenn gestern von dem Herrn Berichterstatter der Kommission versucht wurde, einen gewissen Gegensatz zwischen meinen Erklärungen im Reichstage und den Enunziationen im Abgeordneten-

hause darzustellen, so wüßte ich nicht, worin dieser prinzipielle Gegensatz sich finden sollte. Die ganze Enunziation resümierte ja nur eigentlich den vorläufigen Stillstand in der Rückgängigmachung der von uns als durchaus inakzeptabel und dem Gerechtgikeitsgefühl der Nation widerstrebend empfundenen Ausnahmebestimmung. Dieser Stillstand ist naturgemäß — vielleicht ohne Absicht der Königlichen Staatsregierung — in bestimmter Weise hervorgetreten. Aber daß er im Gefühl der polnischen Bevölkerung Mißtrauen erweckte, daß sie darin ein Anzeichen sah, daß die Versprechungen, die in dieser Beziehung die Königliche Staatsregierung gegeben hatte, eigentlich keine Aussicht auf durchgreifende Ausführung böten, das ist wohl verständlich, und so hat die Enunziation einfach den Schluß gezogen, daß, wenn die Königliche Staatsregierung gewisse Zweifel und Vorbehalte für sich in Anspruch nehmen müßte, dann auch seitens der parlamentarischen Vertretung der Bedürfnisse der polnischen Nation in Verteidigung ihrer nationalen Rechte kein Anlaß gegeben sei, nunmehr endlos die Diskussion über Gegensätze fortzusetzen, die durch die Tatsachen doch unleugbar sind. Denn den Bestand eines Teils der geschlossenen polnischen Nation innerhalb der preußischen Grenzen werden doch Sie, meine Herren, nicht leugnen wollen. Die ganze polnische Frage hat ja dadurch nur eine gewisse Bedeutung erlangt, daß diese Tatsache besteht, und gegen diese Tatsache können weder Sie noch wir irgend etwas Bestimmtes vorbringen, wir müssen sie mit kaltem Verstande und dem Wunsche hinnehmen, über alle Mißverhältnisse, die daraus entstehen, hinwegzugehen, wenn wir zu einem Frieden kommen wollen. Dieser Frieden kann doch nur in Anerkennung der Gerechtigkeit unserer Forderungen liegen.

Das also ist der eine Punkt, in dem die Haltung der polnischen Fraktion im Abgeordneitenhause dem Herrn Berichterstatter und der Kommission einen Anlaß zu großen Bedenken gegeben hat. Ich kann in dieser Zurückhaltung der weiteren Besprechung dieser Angelegenheit für bessere Zeiten, in diesem Appell an die Zukunft doch nicht eine Stellungnahme gegen das Prinzip der von uns behaupteten vitalen Interessen erblicken, die auch für die polnische Nation in einer Verständigung mit der deutschen bestehen. Also lassen wir das.

Ein Punkt ist sodann in der gestern zitierten Erklärung der polnischen Fraktion hervorgehoben worden, der meiner Ansicht nach auch kein Bedenken, keinerlei Aenderung in dem in Aussicht gestellten Verhalten der Staatsregierung begründen sollte. Die Deklaration hat auf die Chełmer Frage in der Weise Bezug genommen, daß sie die tiefgehende Erregung betonte, die in allen Kreisen der polnischen Nation durch den Abschluß des Friedensvertrags mit der Ukraina zutage getreten ist, welcher einen Teil

des durch den Wiener Kongreß geschaffenen bisher als staatsrechtliche Basis noch immer bestehenden, jetzt okkupierten Territoriums des Königreichs Polen, ohne Zuziehung der Vertreter des polnischen Staates zu den Besprechungen der neuentstehenden Ukrainischen Republik überantwortete. Hierdurch wurde schmerzliche Enttäuschung des polnischen Staatsinteresses, nach der ganzen historischen Entwicklung, nach Lage der Dinge und der Zusammengehörigkeit der Bevölkerung mit Kongreßpolen in dem Chełmer Distrikt wie in Podlachien präjudiziert. Alle diejenigen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, sollten doch den leicht zugänglichen geschichtlichen Dokumenten etwas nachgeben, die über die Geschichte des Landes, über seine Leidensgeschichte in gewisser Beziehung in früheren Zeiten Aufklärung geben. Ich kann es nicht richtig finden, daß über Landstriche, von denen kaum dem Namen nach Kenntnisse bis in die höchsten Stellen der entscheidenden Behörden kommen, von diesen in einer Weise disponiert wird, die wirklich geradezu dilettantisch genannt werden muß.

Denn was ist es anders als rein willkürlich, wenn man zum Beispiel auch in dem Friedensvertrage mit Rußland über ungeheure Strecken des früher litauischen Gebietes, die ganz und gar nicht von denjenigen verschieden sind, die man dem künftigen Großfürstentum Litauen — oder wie Sie es nennen wollen — zuschlägt, anders disponiert? Diese Grenzlinie teilt Litauen geradezu in zwei ganz verschiedene Länder, von denen das eine vorläufig bolschewistischer Anarchie, Mord und Totschlag und Brandstiftung ausgesetzt, das andere von deutschen Truppen okkupiert ist; sie zerschneidet Gebiete vollständig, die ethnographisch und historisch seit vielen Jahrhunderten zusammengehörten, in dessen Bevölkerung das Gefühl der Zusammengehörigkeit untereinander wach ist. Ich kenne die Gegend, weil unsere Familiengüter dort, im Gouvernement Mińsk, gelegen sind und weil ich seit sehr langer Zeit Gelegenheit hatte, dort an Ort und Stelle Beobachtungen zu machen, und ich kann Ihnen sagen, daß das, was Sie von Litauen abgeschnitten haben und nun den Wechselfällen der Zukunft überlassen wollen, sich durchaus nicht von dem anderen Gebiet unterscheidet, das Sie jetzt dem Großfürstentum Litauen zugeschlagen haben. Also warum Sie diese Linie gezogen haben, warum Sie nicht eine andere gezogen haben, die mehr der Zusammengehörigkeit der Bevölkerung dieser Landstriche entspricht, das ist für mich ein Rätsel, und ich kann es mir nicht anders erklären als durch den regierungsseitig zugegebenen Dilettantismus in Dingen, in denen doch eine ernstere Behandlung so schwerwiegender welthistorischer Fragen geboten gewesen wäre, als sich in der Weise in einem Friedensvertrage zu binden, wie das auch in dem Friedensvertrage mit der Ukraina geschehen ist, gegen den wir aus den obenge-

nannten Gründen sind, weil eben das Chełmer Land ein Land mit einer Bevölkerung ist, die nach Art der ersten Christen der religiösen Verfolgung ausgesetzt war, bei der Hunderttausende den Märtyrertod und Verbannung nach Sibirien infolge polizeilicher Ueberführung unierter Griechen zur schismatischen Kirche erlitten haben.

Daß wir eine solche Zuteilung als ein Attentat gegen unsere Geschichte und gegen unsere nationalen Gefühle angesehen haben, darüber, meine Herren, brauchen Sie sich keinem Zweifel hinzugeben. Das erklärt genugsam, daß in allen Teilen, wo die polnische Bevölkerung das Wort zu erheben überhaupt noch imstande ist, ein einmütiger Protest gegen diese gewaltsame und vom nationalen Standpunkt gar nicht zu verstehende Maßnahme bei Abschließung eines Friedens mit einem Feinde erfolgt ist, der doch wahrhaftig in seinen Repräsentanten nicht beachtenswerte Elemente der dortigen Bevölkerung, eher einen zusammengewürfelten Komplex von in seiner Mehrheit   Studenten darstellt, die aus dem ukrainischen Agitationsgebiet ausgewandert waren und durch ihre Herkunft aus dem Osten Galiziens, ihrem Attentat ist der damalige Statthalter Graf Andreas Potocki zum Opfer gefallen, doch wahrhaftig nicht die Qualität in sich tragen, um bei so ernsten Verhandlungen, wie sie in Brest-Litowsk geführt wurden, eine hohe politische Rolle zu spielen. Nein, meine Herren, in der Beziehung können wir nur Bedauern aussprechen und Mißbilligung nicht verhehlen, und ich glaube, auch in diesem Hohen Hause wird man beistimmen, wenn man sich diejenigen Personen ansieht, mit denen der Vertrag dort zustande gekommen ist, daß das polnische Element doch wahrhaftig in der Geschichte des Ostens eine andere Rolle gespielt hat und sich staatenbildender erwiesen hat als die ukrainischen Kosaken, die Tataren und Mongolen, gegen die die Polen früher durch Jahrhunderte in stetem Kampfe lagen, die zur Zeit von Johannes Sobieski gegen die Türken zum Entsatze von Wien ausgezogen sind. Niemand weiß, was aus diesem Chaos, in dem sich die ganzen russischen Verhältnisse heute befinden, in Zukunft werden wird — einem Chaos, das in seinem dauernden Bestande überhaupt undenkbar ist, so unabsehbar es auch ist, in welcher Weise das einst mächtige Reich aus dieser politischen Zerrüttung sich erheben könnte. Nur das eine steht fest, daß die Protektion derjenigen Bestrebungen, die heute im Königreich Polen dem Regentschaftsrat und der Autorität der dort gebildeten Regierung hilfreich zu Händen kommen wollen, auch der Königlichen Staatsregierung in bezug auf die Behandlung der polnischen Frage in jeder Richtung hin den Gedanken nahe legen sollten, ihrerseits die Verständigungsaktion in wahrhaft konservativer und die historischen Vorgänge der Vergangenheit berücksichtigender Weise zu handhaben.

Meine Herren, in der Resolution wird Ihnen vorgeschlagen, gewissen Sicherungen der Ostgrenze Preußens zuzustimmen. Wir sind weit entfernt, der militärischen Behörde oder der Kaiserlichen Staatsregierung uns in die Frage einzumischen, wie und auf welche Weise diese Sicherung hergestellt werden könne. Aber eins möchte ich in dieser Beziehung sagen: meiner Auffassung nach ist es die beste Sicherung, daß Sie das beherzigen, was ich mir erlaubt habe, im Vorjahre bei der Besprechung der Proklamation vom 5. November 1916 vorhuschlagen. Damals habe ich gesagt: Wir fühlen Dank für die Proklamation der beiden hohen Monarchen; wir wollen ihr Vertrauen; aber eins möchten wir hervorheben: wenn Sie einen Staat bilden wollen, dann soll es kein Scheinstaat sein, kein Pufferstaat, nur bestimmt, den Anprall gewaltiger Nachbarreiche aus- und abzuhalten. Wenn Sie Polen dessen, was die polnische Nation in früheren Jahrhunderten für die zivilisatorischen Werke der Menschheit geleistet hat, danken wollen, so schaffen Sie einen starken Staat, der auf festen Füßen steht. Das ist die Bedingung, unter der der Staat allein nur Lebenskraft für die Zukunft schöpfen kann. Die Verständigung mit der preußischen Nation und die sinngemäße Anwendung dieses Prinzips auf die Verhältnisse dieses künftigen Staates in seiner den ethnographischen Verhältnissen entsprechenden Ausdehnung mögen Sie unter Ihre Fittiche nehmen. Dann haben Sie die beste Sicherung, die keine der sehr zweifelhaften und unverständlich dargestellten Sicherungsmaximen, wie Sie sie jetzt für diesen Staat ins Auge nehmen wollen und sie Ihre Kommission vorschlägt, schaffen kann. Denen können wir keine Zukunft und keine richtige Behandlung der einschlägigen Verhältnisse für die Zukunft in Aussicht stellen. Schaffen Sie einen starken, nicht in engen Grenzen beschränkten Staat, stark genug, um für die Frieden Europas im Sinne der Aufrechterhaltung, auch seiner kulturellen und geschichtlichen Eigenart, in konservativem Sinne wirksam zu sein und zivilisatorisch fortzuschreiten. Schaffen Sie in Konsequenz der großzügigen Verheißungen Seiner Majestät unseres Kaisers und weiland Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich Königs von Ungarn in diesem Sinne die Aussicht, daß die anbrechende Morgenröte des polnischen Reiches zu einer schönen und erfolgreichen Tageshelle aufgehe! (Sehr richtig!)

Die Wahrheit über die Stellung der polnischen Fraktion in der Russischen Staatsduma zur Chelmer Frage.

Von Professor A. Parczewski, Dekan der Warschauer Universität.

Ein Teil der deutsch-österreichischen und reichsdeutschen Presse hat anläßlich der Erörterungen über den Vertrag von Brest-Litowsk die unwahre Nachricht gebracht, die polnische Fraktion in der russischen Staatsduma habe seinerzeit in die Abtrennung von Chełm vom Königreich Polen eingewilligt. Der Professor der Warschauer Universität Parczewski, ehemaliger Dumaabgeordneter, unternimmt es, diesen völlig unrichtigen Nachrichten entgegenzutreten in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter der Warschauer Zeitung „Głos", aus der wir das Wesentlichste hier anführen.

Ich will Ihnen gerne alle erforderlichen Aufklärungen geben, sagte Professor Parczewski, um ein für allemal allen lügenhaften Nachrichten entgegenzutreten, die in der letzten Zeit in der Wiener Presse aufgetaucht sind. Dort wurde behauptet, die polnische Fraktion in der russischen Staatsduma habe für den Preis der kommunalen Autonomie in die Abtrennung des Chełmer Landes eingewilligt. Ich muß allen solchen Nachrichten mit der größten Entschiedenheit entgegentreten. Die Politik der polnischen Fraktion in der Duma war in jenen Zeiten nicht immer einheitlich, und ich habe öfters meine Sondermeinung zum Ausdruck gebracht, aber in der Angelegenheit des Chełmer Landes hat es innerhalb der polnischen Fraktion nie Meinungsverschiedenheiten gegeben, und die Stellung der Fraktion war hier stets vollständig klar, stark und den nationalen Interessen entsprechend. Es war dies eine Stellungnahme des unbedingten Widerstandes und Kampfes gegen das Chełmer Projekt. Von irgendwelchen Kompromissen war nie die Rede. Die Frage war viel zu wichtig, und die polnische Fraktion hat im Einverständnis mit der Seele der ganzen Nation das Chełmer Projekt mit aller Schärfe rücksichtslos bekämpft. In die Kommission zur

Sonderberatung des Chełmer Projektes waren außer mir noch die polnischen Abgeordneten Dymsza und Harusewicz gewählt. Wir haben die Vorlage sowohl im ganzen wie im einzelnen bekämpft und haben keinen Fußbreit ohne Kampf aufgegeben. Die Vorlage kam später zur sogenannten gesetzberatenden Kommission, die nur aus 33 Mitgliedern bestand und in der wir Polen nur einen Sitz zu beanspruchen hatten. Um unsere Position zu stärken, haben uns damals die Kadetten und die Fortschrittler, denen das Chełmer Projekt unsympathisch war, ihre beiden Sitze in dieser Kommission abgetreten. Auch in der gesetzberatenden Kommission haben wir die Vorlage auf das entschiedenste bekämpft, und ich selbst habe damals eine Rede von fast 2 Stunden Dauer gehalten. Schließlich haben wir auch in den Plenarverhandlungen, im Jahre 1911/12, das Projekt sehr scharf bekämpft und fast sämtliche polnischen Abgeordneten, sowohl aus dem Königreich wie auch aus Litauen, haben dazu das Wort ergriffen. Wir sprachen sowohl bei den Spezialberatungen wie bei der allgemeinen Debatte, und kein Artikel der Chełmer Vorlage ist ohne Kampf und Verteidigung unsererseits von der Duma angenommen worden. Von seiten der Dumamehrheit wurde unser Auftreten Obstruktion genannt, es wurde skandaliert, und unsere Reden wurden durch Zwischenrufe gestört. Alles das hat aber unsere Energie der Verteidigung nicht geschwächt, denn wir wußten, daß wir die heiligen Rechte der ganzen polnischen Nation verteidigen und daß die ganze Nation hinter uns steht und auf uns blickt. Unabhängig von unserem öffentlichen Auftreten bemühten wir uns in den Wandelgängen der Duma, die mit uns sympathisierenden russischen Abgeordneten für uns zu gewinnen, und nicht selten ist uns dies gelungen.

Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß alle Nachrichten der Wiener Presse über das angebliche Kompromiß der polnischen Fraktion in der Chełmer Angelegenheit absolut unrichtig sind. Die polnische Fraktion konnte in anderen Fragen Fehler begehen, aber in der Chełmer Angelegenheit stand sie durchaus auf dem allgemein nationalen, polnischen Boden. Die Fraktion hat ihre Pflicht damals erfüllt.

Das Verbleiben des sogenannten Chełmer Landes bei Polen ist für die ganze polnische Nation, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, eine heilige Angelegenheit.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß damals das Chełmer Gouvernement, infolge unserer Stellungnahme, nicht vom Königreich Polen abgetrennt, sondern nur der Verwaltung des Warschauer General-Gouverneurs entzogen wurde. Hier bestanden gewisse rechtlich-politischen Unterschiede, die ich im Rahmen dieser Unterredung nicht darlegen kann. Heute droht uns ein viel schwererer Schlag. Das Chełmer Land soll einem fremden Staat angegliedert werden. Hieraus folgt, daß dieser Schlag ungleich schwerer sein würde, wie der, den uns die russische Duma zugefügt hat. Die maßgebenden politischen Stellen sollten diese Unterschiede nicht nur im polnischen Interesse allein beachten.

Deutsche Polenliteratur.

(Fortsetzung.)

Gelungener, freilich auf ungleich knapperes Gebiet beschränkt, ist: „Bibliographischer Leitfaden für Polen. Einführung in die Literatur der landeskundlichen, völkischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit einem Anhang: Kriegsliteratur zur polnischen Frage.“ Von Dr. Hans Praesent, XIV und 115 S., gr. 8°. Aus den Veröffentlichungen der landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement Warschau, und zwar aus den Beiträgen zur polnischen Landeskunde Reihe B, die für weitere Kreise bestimmt ist, ist es die 2. Nummer (die 1. s. u.). Das Buch bezieht sich nur auf Kongreßpolen, behandelt hauptsächlich moderne Literatur und ist in erster Reihe für praktische Zwecke bestimmt, „für Militär- und Zivilbehörden, für weite Kreise wirtschaftlich und politisch interessierter Leute der verschiedensten Berufe im Okkupationsgebiete und in der Heimat, die gezwungen sind, sich mit den Verhältnissen vertraut zu machen“. Wie die ganze Serie, geht auch diese Nummer von der, in den „Poln. Blättern“ bereits besprochenen, musterhaften und monumentalen Gesamtdarstellung: „Handbuch von Polen“, 1917,

aus, soll sie ergänzen und fortführen. Es ist dies eine wahre Bücher- und Zeitschriftenkunde, weil jeder Nummer fast eine kurze, kritische Bemerkung (über Inhalt oder Art) beigefügt ist. Auch hier gibt es auffallende Lücken im einzelnen, so sind z. B. die Brüder Tetmajer stiefmütterlich bedacht, d. h. sie fehlen gänzlich, und doch hätte entschieden der Maler unter der Rubrik Trachten (S. 40, wegen der schönen Publikation der Krakauer Akademie der Wissenschaften) und sein Bruder, der Belletrist, wegen seiner prächtigen Schilderungen der polnischen Gebirgsleute genannt werden müssen in einem Buche, das ja Reymonts Bauern und den Judenroman der Orzeszko nennt! Mitunter verweist der Verfasser einfach auf ältere zusammenfassende Darstellungen, so auf die alte polnische Enzyklopädie, statt das Material (z. B. Reisebeschreibungen) selbst vorzuführen. Wir hätten auch mehr Verweisungen gewünscht, so wäre z. B. S. 33 neben den beiden ethnographischen Zeitschriften Wisła, Lud (die unter allerlei Schwierigkeiten, russische Invasion in Lemberg usw., ihr Leben fortfristet) auch auf Ziemia, die nur S. 11 genannt ist, zu verweisen gewesen; beim „Lud“ selbst nennt er nur die einstmalige, seit Dezennien der Vergessenheit anheimgefallene Redaktion; heute führt sie Dr. A. Fiszer fort. Auf S. 41 wird Gloger als Verfasser der Obchody weselne von 1869 genannt; faktisch ist das richtig, aber auf dem Titelblatt steht doch ein anderer Name: Pruski, also wäre „Z. Gloger“ nur in Klammern beizufügen gewesen. Wohl wird das Buch von Bystroń über die Erntegebräuche in Polen, dagegen werden seine weiteren Beiträge nicht mehr genannt, obwohl sie alle auf den Ausbau polnischer Volkskunde hinauslaufen (Bräuche bei Geburt und Taufe usw.). Ebenso hätte das vom österreichischen Verein für Volkskunde herausgegebene Werk von Dr. Piprek (1916) über die slavischen Hochzeitsbräuche genannt werden müssen, wo ja ein besonderer stattlicher Abschnitt den polnischen gewidmet ist. Bei Kozierowski fehlt die Angabe, daß in zwei starken Bänden die Namengebung des Posener Landes erforscht ist. Der Verfasser rechnet so sehr mit bloß deutschen Lesern, daß er für sie sogar die Bibliotheken in Deutschland und bei

der Berliner sogar ihre Signaturen angibt, unter denen die betreffenden Bücher oder Zeitschriften zu finden sind. Die Rubriken sind: Allgemeines (Bibliographien und Zeitschriften); Landesnatur (Geologie, Hydrographie, Pflanzen- und Tierwelt); Volk (Volkskunde, Bevölkerungsgeographie, Warschau und Łodz); man vergleiche den Artikel über Warschau S. 62 bis 65 mit dem über Warschau bei Recke S. 60—62 („Darstellungen zur Geschichte der übrigen Städte s. im Nachtrag am Schlusse des Buches", doch dieser Nachtrag fehlt). Weiter: Wirtschaft (Land-, Waldwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr); landeskundliche Gesamtdarstellungen (ältere und neuere Werke über Landeskunde, Reisen u. dgl., auch die „Führer" durch einzelne Städte); der polnische Kriegsschauplatz; endlich Kriegsliteratur, in großer Fülle. Eine Bemerkung richtet sich gegen beide Bibliographien: warum wird die Seitenzahl der Bücher nie genannt, wodurch eine bloße kurze Broschüre von einem großen Werk nicht zu unterscheiden ist? Bei Zeitschriften geben Recke und Wagner die Seitenzahl an, während die Anfangszahl mit einem ff. genügte, bei Büchern nennen auch sie die Seitenzahl nicht. Ebenso wären die einzelnen Positionen mit durchlaufenden Ziffern zu bezeichnen, was dann die Rückverweisungen außerordentlich erleichtert hätte. Wenn allerdings die auch äußerlich ungleich splendider ausgestattete Präsentsche Bibliographie, obwohl sie die Recke-Wagnersche förmlich ergänzt, ungleich vollständiger und reicher ausgefallen ist, so verdankt sie dies in erster Reihe den Vorarbeiten, die für sie in dem „Handbuch von Polen" geleistet sind.

Dieses „Handbuch" erweist sich förmlich als der Mittelpunkt, um den sich immer weitere Arbeiten gruppieren. Dazu zählt u. a. der schöne „Geographische Bilderatlas von Polen, mit 100 Originalaufnahmen" (und einigen Karten), herausgegeben von dem Redakteur des Handbuches, Dr. E. Wunderlich, Geaverlag Berlin 1917, 140 S. Wie in der Präsentschen Bibliographie, so wiederholt sich auch in diesem Atlas manches aus dem Handbuch. Der Band soll, wie eine Reihe anderer, lose folgender, „namentlich auch mit Hilfe eines reicheren Illustrationsmaterials die Kenntnis von Polens Land

und Leuten in Deutschland, dessen wichtigste Lebensinteressen mit im Osten liegen, weiter verbreiten“ und ist „in erster Linie für deutsche Leser bestimmt“, sozusagen „eine kleine Ergänzung des Handbuches“; entstanden ist es auf Grund von Reisen im Sommer 1916. Es gliedert sich, der Natur des Landes entsprechend, in Nord-, Mittel- und Südpolen und bringt in jedem dieser drei Teile Bilder von der Oberflächengestaltung, dann Bevölkerungs-, wirtschafts- und verkehrsgeographische Aufnahmen; ein kurzer, aber äußerst inhaltreicher Text begleitet jede Aufnahme. Das ganze ist außerordentlich instruktiv.

Rein praktische Zwecke verfolgt das „Alphabetische Orts- und Gemeindelexikon des Generalgouvernements Warschau“ (auch mit polnischem Titel: alfabetyczny spis — so, statt in umgekehrter Folge, als Germanismus — usw.), Warschau 1917, I. Band, A—L; 247 S., gr. länglichen Formates, das jedoch recht unhandlich ist; den Ortsnamen folgen in Rubriken die Angaben über Kreis, Kreisteil, Gemeinde, Parochie, Friedensgericht, Bezirksgericht, Polizei- oder Gendarmeriestation, nächste Postanstalt und Eisenbahnstation (Voll- oder Kleinbahn) — durch Einschränkung dieser Rubriken auf das Notwendigste hätte ein anderes Format erzielt werden können. Sonst unterscheidet sich das vorliegende Werk von dem 1915 herausgegebenen „Ortsverzeichnis von Russisch-Polen“ schon durch die bessere Schreibung der Ortsnamen sehr vorteilhaft.

Von diesen wissenschaftlichen und praktischen Leistungen wenden wir uns politischen zu. In deutscher Uebersetzung ist eben (Berlin, Curtius, 82 S.) eine Sammelschrift erschienen: „Angesichts der russischen Umwälzung. Polen und Rußland“ — Aufsätze verschiedener antirussisch orientierter Verfasser, Łempicki, Grużewski, Lutomski, Makowiecki, Kulczycki, die in einem zusammentreffen, warnen vor der Verwirrung, die die russische Revolution in polnischen Köpfen anrichten könnte. Ueber das polnische Original war seinerzeit in den „Poln. Blättern“ berichtet worden, daher greifen wir nur ganz kurz darauf zurück. Es war im Mai 1917 geschrieben, als noch die Kadetten das Heft in den Händen zu halten schienen, die Milukow und Rodzianko, aber seine

Voraussetzungen und Weissagungen sind Februar 1918 erst in vollstes Licht getreten. Ein Zitat, S. 29 f., genüge: „Unter der republikanischen Firma werden die gleichen (d. h. wie unter dem Despotismus) destruktiven und zentralistischen Leidenschaften herrschen . . . dieser durch Jahrhunderte großgezogene Widerwille gegen nationalen Individualismus, historische Ueberlieferung, persönliche und allgemeine Freiheit, die das historische Wesen Polens bilden und denen wir treu bleiben müssen.“ Die russischen Manöver, die Taten, die mit den Worten in so schreiendem Widerspruch stehen, werden auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt durch historische Rückblicke wie durch nüchterne, vorurteilslose Ueberprüfung; mit Recht wird darüber geklagt, wie Polen gerade, auch unter dem Einfluß der russischen Revolution „von einem Uebermaß von Diskussionen überschwemmt wird, das unsern Willen lähmt; in diesem Theoretisieren, unter dem Einfluß der uns eingeimpften russischen Methoden, die stets nach prinzipiellen Lösungen suchen und irgendein Absolutes anstreben, überwiegt auch bei uns das kritische und negative Element“ (S. 76).

Zu den vielen Berichten deutscher Zeitungs-Korrespondenten über Fahrten in Polen und Litauen gesellt sich „Neu-Ost, unser Zukunftsgrenzgebiet um Ostpreußens Ostrand“ von Paul Listowsky (von der Hartungschen Zeitung), Königsberg, Ende 1917. Schilderungen der Sommerfahrt durch Czenstochowa, Warschau, Wilno und die angrenzenden Städte bis Brześć, Eindrücke vom Wirken der deutschen Statthalterschaft in Posen, von der Arbeit in Ob-Ost. Eine Fülle gut gesehener Bilder ist hier vereint, mehr als in den meisten derartigen Berichten; den effektvollen Schluß machen der Urwald der Biała Wieża und das tote, schreckhafte Brześć, ein Spuk am hellen Tage, die geräucherte Trümmerstadt mit den leeren Brandstätten, Rußlands Abschiedsgruß an seine Fremdvölker.

Prof. Rudolf Leonhard sind schon einmal die „Poln. El.“ begegnet, haben ihn wegen seines Aufsatzes „Zur poln. Kultur- und Wirtschaftsgeschichte“ unsanft anpacken müssen, in dem

Unvertrautheit mit dem Gegenstande mit der Sicherheit gar abstruser Urteile um die Wette rang. Dasselbe gilt von seinem neuen Vortrag „Zur Soziologie des Polentums“, Stuttgart, Enke, 1917 (39. Heft „Finanz- und volkswirtschaftliche Fragen“). Ein paar Proben mögen sein Wissen und seine Methode beleuchten. Weil ihm vorgehalten wurde, daß er polnische Quellen gar nicht kennt, hat er sich diesmal mit einer solchen versehen, nur verfolgte ihn dabei sein Unstern. Denn er wählte sich (S. 17—19) „ein Mitglied des polnischen Kleinadels, Soplica, dessen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts herrührende Memoiren“ — Leonhard weiß natürlich nicht, daß ein Soplica nie existiert hat, daß erst vor der Mitte des 19. Jahrhunderts ein bigotter Tory, Graf H. Rzewuski, diese Memoiren erdichtet hat, die daher einer Parodie eher gleichen, als Geschichte. Und wie seine Quellen, so sind seine Urteile beschaffen. Witzig sein sollende Aphorismen, gegründet auf ein Nichts, z. B. auf eine angebliche Mischung östlicher und westlicher Zustände; auf „das Schweifende, noch nicht Seßhafte des Siedlungswesens“ (!); auf eine „wahrscheinlich stammfremde Adelskaste“ (durch bloße Wiederholung wird eine glatte Erfindung noch immer nicht zur Wahrheit); auf orientalischen Einflüssen (der Verfasser überträgt einfach auf Polen, was nur von Litauen des angehenden 15. Jahrhunderts galt; die Armenier haben im alten Polen nichts besagen können) usw. Alles ist ebenso stichhaltig wie die natürlich auch alte, aber dadurch noch immer nicht richtige Beweisführung, daß die Teilung Polens nur „für den Westen das zu retten hatte, was Rußland noch nicht völlig mit Beschlag belegt hatte“ oder wie die Kindermärchen von Polen, die sich vom Pferdeknecht eines Magnaten zu dessen Schwiegersohn aufgeschwungen hätten (S. 14 — wahrscheinlich hat einmal Leonhard etwas von dem Aufschwung der Menschikow, Razumowski, Kutaisow aus Pastetenjungen, Kirchentänzern und Stiefelputzern gehört und mit der ihm eigenen historischen Gediegenheit Russisches auf Polnisches übertragen) oder das andere Kindermärchen von dem Polen, der gar nicht im voraus wissen will, wie seine Sache vor Gericht wahrscheinlich ausgehen wird (S. 26)!

Wie sich dieses Unstete, Schweifende, auf den Zufall Gestellte mit der Zähigkeit des Polen reimt, die Lösung dieses völkerpsychologischen Rätsels überlassen wir getrost dem Verfasser.

Verfasser spricht S. 15 von dem „Untergange des bereits ganz fadenscheinig gewordenen polnischen Staates", aber ungleich fadenscheiniger ist seine eigene Geschichtsbetrachtung, die z. B. niemals von der Schuld der Wahlkönige an diesem Untergange ein Wörtchen erwähnt. Und doch saßen auf dem polnischen Thron direkt Hochverräter, ausgesprochene Feinde Polens, die seinen Untergang bezweckten, z. B. August II. und seine Teilungspläne Polens, seine Invasion Polens durch Sachsen, was dann Peters d. Gr. lähmende Intervention hervorgerufen hat, oder die beiden Französinnen als polnische Königinnen, von denen schon die erste, ihren Mann wie der Kornak den Elefanten lenkend, den Siegeslauf der polnischen Waffen direkt gehemmt hat, durch ihr verbrecherisches Treiben mit der ungesetzlichen electio vivente rege zugunsten ihrer französischen Nichte den Bürgerkrieg ganz unnützer-, frivolerweise heraufbeschworen hat. Und ebenso haben die Wasas durch ihre eigennützige schwedische, nie polnische Politik die „Fadenscheinigkeit" des polnischen Staates, der von Haus aus ein sehr festes nationales Gewebe besaß, freventlich erwirkt — von dieser schwersten Verschuldung der Könige schweigt der Verfasser, alles auf den Adel allein zu Unrecht abwälzend.

Aber statt diesen Bericht in diesem schrillen Mißklang austönen zu lassen, sei lieber eines kurzen, aber schönen Aufsatzes gedacht, in dem Dr. A. M. Wagner (vgl. oben) deutsche und polnische Romantik vergleicht, auch in einem Vortrag, aber anderer Art als der Leonhard's (abgedruckt in den Teubnerschen Neuen Jahrbüchern 1917, 39. Band, Heft 10, S. 608 ff.). Eine Reihe treffender Bemerkungen über die beiderseitigen Unterschiede, die Verquickung der polnischen Romantik mit nationalpolitischem Streben, ihren männlichen Charakter (bei Mickiewicz), ihre klassischen, apollinischen Formen (im Epos von „Herrn Thaddäus"). Aber der Vortragende besprach hauptsächlich die echt romantischen

Erscheinungen, die „Ahnenfeier" des Mickiewicz und die „Ungöttliche Komödie" des Krasiński, war dabei jedoch gegen Słowacki ungerecht, dessen Kunst durch sein Zuwenden zu Towiański nicht etwa „wirr und zusammenhanglos geworden ist", sondern im Gegenteil aus einer solchen zu einer harmonischen und fest gefügten (in „König Geist" sowohl wie in der „Genesis aus dem Geist") sich aufschwang. Er hebt dann etwas willkürlich den Tetmajerschen „König Andreas" und die hyperromantische „Erlösung" des Wyspiański hervor, übergeht dagegen die romantische Ironie von dessen „Hochzeit" wie sein starkes dramatisches Können in „Fluch" oder „Richter". Eine Fülle treffender Bemerkungen, Vergleiche, Fernblicke beweist, wie sich der Verfasser in den Deutschen sonst so entlegenen Gegenstand eingelebt hat, wie er Sympathie und Verständnis ihm entgegenbringt und in seinen Zuhörern zu wecken weiß. A. Brückner.

NOTIZEN.

Politisches.

Depeschenaustausch.

Der polnische Ministerpräsident hat von dem Herrn österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Baron Burian, folgende Depesche erhalten:

An Seine Exzellenz den Königlich Polnischen Ministerpräsidenten Herrn J. Steczkowski in Warschau.

Durch die Gnade Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät als Minister des Kaiserlichen und Königlichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten berufen, beehre ich mich, Eurer Exzellenz hiervon Mitteilung zu machen und bitte die Versicherung entgegenzunehmen, daß ich stets bereit sein werde, nach Maßgabe der Kräfte die polnische Regierung in ihrer verantwortungsvollen Arbeit zu unterstützen, deren Ziel der weitere Aufbau der polnischen Staatlichkeit und die Sicherung der Zukunft Polens ist.

Wien, am 18. April 1918. Burian.

Auf die vorstehende Depesche hat der Herr Ministerpräsident telegraphisch geantwortet:

An Seine Exzellenz den Kaiserlich und Königlichen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Baron Burian, in Wien.

Durch das Telegramm vom 18. April geehrt, bringe ich Eurer Exzellenz meine Glückwünsche zum Ausdruck aus Anlaß der Berufung zum Minister des Kaiserlichen und Königlichen Hauses und

der Auswärtigen Angelegenheiten und danke höflichst für die Bereitwilligkeit, die polnische Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die wohlwollenden Worte Eurer Exzellenz bestärken mich in der unerschütterlichen Hoffnung, daß es uns glücken wird, die polnische Staatlichkeit zu entwickeln und die Zukunft Polens zu sichern.

Warschau, am 21. April 1918. Steczkowski.

Von der polnischen Regierung. Zum Minister für Handel und Industrie wurde vom polnischen Regentschaftsrat Bohdan Broniewski ernannt. Er ist Großindustrieller und gehört dem Ausschusse des Verbandes polnischer Zuckerindustrieller an; parteipolitisch zählt er zur Vereinigung für wirtschaftliche Selbständigkeit (Interparteilicher Klub).

Gleichzeitig veröffentlicht die polnische Staatszeitung „Monitor Polski" die Ernennungen des Vorstehers der Warschauer städtischen Miliz, Prinzen Franziszek Radziwiłł, zum Direktor und des Legionenobersten Januszajtis zum Vizedirektor des Heeresausschusses der polnischen Regierung. Der bekannte Historiker und Professor an der Lemberger Universität, Bronislaw Dembinski, wurde zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht ernannt.

Am 20. April vormittag fand im Königlichen Schlosse die Vereidigung der polnischen Minister und des Zivilkabinetts statt. Zuerst leistete der Generalsekretär des Regentschaftsrates, Prälat Chełmicki, den Eid in die Hand des Erzbischofs Kakowski, sodann alle Minister und Direktoren der politischen und Heeresdepartements. Die Feier der Eidesleistung schloß mit einer Ansprache des Regentschaftsratsmitgliedes Josef von Ostrowski.

† Dymitr Rizoff, Königlich Bulgarischer Botschafter in Berlin. Am 24. April d. J. starb plötzlich infolge eines Herzschlags der Königlich Bulgarische Botschafter in Berlin, Dymitr Rizoff. Der Verewigte war ein aufrichtiger Freund der polnischen Sache, hat an unseren Arbeiten und Bestrebungen lebhaften Anteil genommen und hat oft seinem Bedauern Ausdruck gegeben über das langsame Fortschreiten in dem Aufbau des polnischen Staates. Dymitr Rizoff war ein hervorragender Journalist und Schriftsteller. In der jüngsten Zeit hat er seinen Atlas „Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen" herausgegeben, der einem aktuellen, politischen Bedürfnis der Gegenwart entsprach und die berechtigten Ansprüche der bulgarischen Nation auf der Balkanhalbinsel darlegt.

Vertretung des Heiligen Stuhles in Polen. Der Cölnischen Volks-Zeitung" wird am 17. April gemeldet: Wie verlautet, wird der Vatikan demnächst seinen eigenen Vertreter in Polen ernennen. Eine in der Kurie gutbekannte Persönlichkeit soll in Aussicht ge-

nommen sein. Wie die römische Epoca hinzufügt, würde der Papst durch diesen politischen Akt durch die Tat die Unabhängigkeit und Souveränität Polens anerkennen.

Aus dem polnischen Parteileben. Jüngst hat in Kielce eine Tagung der Priester der dortigen Diözese stattgefunden, auf der das politische Programm einer neuen auf Betreiben des Bischofs von Cielce entstandenen Partei zur Kenntnis genommen wurde. Die neue Partei soll unter dem Namen „Katholische Volkspartei" vor allem die ländliche Bevölkerung umfassen. Sie vertritt den Standpunkt der konstitutionellen Monarchie.

In Warschau entstand eine neue aktivistische Gruppe unter dem Namen „Staatspartei". In der ordentlichen Mitgliederversammlung am 13. April führte der bekannte Aktivist Michal Lempicki den Vorsitz. Diese Partei will der aktivistischen Losung neues Leben verleihen. Das politische Parteiprogramm zielt auf die Bildung eines lebens- und entwicklungsfähigen starken Staates, die Erweiterung seiner Grenzen nach Osten und die Erlangung natürlicher Grenzen hin. Im Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland erstreben wir die Einbeziehung Galiziens in den polnischen Staat, ein wirtschaftliches und militärisches Bündnis mit dem Deutschen Reich. Als Staatsform wünscht die Partei die erbliche konstitutionelle demokratische Monarchie auf ihr wirtschaftliches und soziales Programm zu setzen. Die Staatspartei verlangt die Hebung der Kultur und des Wohlstandes der breiten Volksmassen, die Parzellierung und die innere Kolonisation, die Schaffung von Parzellierungsbanken, die Steuergesetzgebung und den allgemeinen Schulzwang.

Die Auflösung des polnischen Hilfskorps. (Meldung des Wiener K. K. Tel.-Korr.-Bur.) W Wien, 24. April. In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses beantwortete Landesverteidigungsminister Czapp die auch seitens einiger Mitglieder des Polenklubs an ihn in der Angelegenheit des aufgelösten polnischen Hilfskorps gerichteten Anfragen. Er erklärte, daß bei der Durchführung der Auflösung des polnischen Hilfskorps der Grundsatz maßgebend war, daß alle ehemaligen Angehörigen dieses Hilfskorps österreichischer bezw. ungarischer Staatsangehörigkeit ohne Unterschied gleich den Personen der bewaffneten Macht behandelt werden. Die ehemaligen Angehörigen des aufgelösten Hilfskorps polnischer Staatsangehörigkeit werden der polnischen Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Die Absendung dieser ehemaligen Legionäre in das Königreich Polen, bezw. ihre Aufteilung auf die verschiedenen Formationen der polnischen Wehrmacht wird erfolgen, sobald die Abgabestation im Königreich Polen festgesetzt sein wird. Die Verhandlungen darüber sind im Zuge.

Vom Korps Musnicki. Auf Grund einer zwischen der polnischen Regierung und den Vertretern des deutschen Hauptquartiers ge-

troffenen Vereinbarungen trafen in diesen Tagen vom Korps Muśnicki, das seinen Standort in Mińsk hat, 1000 Mann der ältesten Jahrgänge im Königreich Polen ein, um hier zu ihren Familien wieder zurückzukehren. Die Soldaten kamen mit Waffen nach Mińsk Mazowiecki bei Warschau und legten dieselben dort zur Verfügung der polnischen Wehrmacht nieder.

Das polnische Heer in Odessa. Aus Odessa wird berichtet, dass der dortige Stadtpräsident an den Führer der polnischen Heeresabteilung in Odessa folgendes Schreiben gerichtet hat:

„Angesichts des Umstandes, daß das polnische Heer demnächst Odessa zu verlassen beabsichtigt, um sich in die Heimat zu begeben, erachtet es die autonome Stadtverwaltung von Odessa für ihre bürgerliche Pflicht, an Euch folgende Worte zu richten:

Als der Pöbel unsere Stadt terrorisierte, als die ruhige Bevölkerung unter dem Massenraub und dem Morden der bewaffneten Banden zu leiden hatte, haben die polnischen Heeresabteilungen als die ersten der Stadtverwaltung ihre Dienste für den Schutz der Stadt angeboten und sich damit ernsten Lebensgefahren ausgesetzt.

Euer Wort habt Ihr ehrlich gehalten. Ehrlich habt Ihr die große und schwere Aufgabe des Schutzes des Lebens und des Gutes der Bürger sowie auch des großen Staatsbesitzes erfüllt, überall Eure Wachposten ausstellend. Eure schöne Kriegsausrüstung, ernste Disziplin, die Höflichkeit und zuvorkommende Verbindlichkeit Eurer Soldaten und Offiziere haben Euch bei der Bevölkerung von Odessa das allerbeste Gedächtnis gesichert und Eure Verteidigung der ruhigen Bevölkerung vor den Gewalttaten hat Euch die Sympathie aller Bevölkerungsschichten und ihre herzlichste Dankbarkeit erworben.

Wir wünschen Euch, Ihr Herren Offiziere und Soldaten, glückliche Heimkehr in Euer Vaterland.“

Die Rückkehr der polnischen Flüchtlinge aus Russland. Eine Konferenz der Leiter der polnischen Ministerien hat kürzlich die Frage der Rückkehr der verschleppten polnischen Flüchtlinge aus Rußland beraten. In erster Linie handelt es sich um diejenigen, die in und um Mińsk konzentriert sind. In Kürze soll mit Genehmigung der deutschen Behörden eine besondere Kommission nach dort reisen. Außerdem wurde die Frage der Unterstützung der polnischen Kriegsinvaliden besprochen und die künftige Situation auf dem polnischen Geldmarkt, die sich infolge des erwarteten Zuflusses russischer Valuta herausbilden dürfte.

Wirtschaftliches.

Polens Industrie und die Ukraine. „Monitor Polski“ brachte kürzlich einen Aufsatz über die polnische Industrie und den Absatz nach der Ukraina, aus dem folgendes mitgeteilt sei:

Die polnische Industrie und namentlich die Lodzer Textilindustrie stieß in ihrem Kampfe um die Gewinnung der östlichen Märkte, sei es in Rußland selbst oder weiter in Asien, auf den Hauptgegner und Konkurrenten in der Industrie Petersburgs und Moskaus. Die ökonomische Politik Rußlands, seine Tarifwirtschaft usw. waren schuld daran, daß die Konkurrenz für die polnische Industrie immer schwerer wurde.

Heute sind die Aussichten für die polnische Industrie bedeutend besser geworden, die Aktien steigen. Die industriellen Mittelpunkte Moskaus und Petersburgs werden sich gegenwärtig, wenn es sich um die Ukraina handelt, hinter den Landesgrenzen befinden, ebenso die polnische Industrie. Die Begünstigung russischer Industriezentren durch die russische Regierung wird mit einem Male aufhören, und die freie Konkurrenz wird dem polnischen Unternehmungsgeist einen neuen Weg ebnen.

Eine Webindustrie ist in der Ukraina fast gar nicht vorhanden. Vor dem Kriege hat Lodz 40% des Bedarfs im Territorium der gegenwärtigen Ukraina gedeckt. Die neuen Bedingungen berechtigen zu der Hoffnung, daß in Anbetracht der neuen Konjunkturen die Teilnahme der polnischen Industrie bei der Ausnutzung des ukrainischen Marktes sich bedeutend verstärken wird.

Nicht genug dessen. Durch die Ukraina führt der Weg für unsere handels-industrielle Expansion nach dem Kaukasus, nach Kleinasien und weit in die Welt. Der Zusammenbruch Rußlands wird für unsere Expansion ein ernstes Plus bedeuten.

Verwaltungswesen.

Die Sprache der Zahlen. Die Bevölkerung von Warschau zählte am 1. Januar 1917 837 234 Bewohner, hiervon 361 128 Männer und 476 106 Frauen; die Zahl der Christen belief sich auf 493 272, der Juden auf 343 369. Die Bevölkerung hat sich im Vergleich zum 1. Oktober v. J. um 80 024 verringert. Im letzten Monat wurden 175 christliche und 62 jüdische Ehen geschlossen. Trotz der größeren Zahl christlicher Ehen zeigt die christliche Bevölkerung aber einen geringeren Bevölkerungszuwachs. Es wurden 521 christliche und 545 jüdische Kinder geboren. Es starben 1401 Frauen und 1168 Männer. Die Schwindsucht hat die meisten Opfer gefordert: 316, dann folgt die Ruhr mit 261 Fällen. Es starben 1453 Christen und 1116 Juden. Die meisten Todesfälle ereigneten sich im Alter von 50 bis 60 Jahren, die wenigsten im Alter von 10 bis 15 Jahren. Es starben 372 Unverehelichte, 804 Verheiratete und o20 Verwitwete. Selbstmordfälle kamen 33 vor, 9 Männer und 24 Frauen. Die Ursache war meistens Mangel an Existenzmitteln.

Von der Warschauer Universität. Nach einer soeben veröffentlichten Statistik studierten im Wintersemester 1917/18 an der Warschauer Universität 2220 immatrikulierte Studenten, hiervon 1816 Männer

und 404 Frauen. Während des zweijährigen Bestehens der Universität hat sich die Anzahl der Studierenden mehr wie verdoppelt. Nach der Konfessionsstatistik gab es 54,2% Christen und 45,8% Nichtchristen. Die größte Zahl der Besucher weist die medizinische Fakultät auf, nämlich 941 Studierende oder 42,44% der Gesamtzahl; hiervon waren 829 männlich und 112 weiblich, 331 waren Christen und 610 Juden. An zweiter Stelle der Frequenz nach steht die juristische Fakultät: 867 (39%) Besucher, hiervon 781 männlich und 86 weiblich, 582 Christen und 285 Juden. Die geringste Frequenz zeigt die philosophische Fakultät: 412 Besucher (18,6%), je 206 männlich und weiblich, 290 Christen und 122 Juden.

Als ihre Muttersprache haben bei der Anmeldung angegeben: im Jahre 1915/16 von den Hörern: 865 die polnische, 144 den Jargon, 56 die hebräische, von den Nichthörern: 53 den Jargon, 134 die hebräische, 3 die deutsche und 1 die russische; im Jahre 1917/18: 2027 die polnische, 109 den Jargon, 78 die hebräische, 3 die deutsche, 1 die französische und 2 die russische.

Soziales.

Pöbelexzesse in Krakau. Am 16. und 17. d. M. haben in Krakau Straßenausschreitungen stattgefunden, die in erster Reihe gegen jüdische Geschäfte gerichtet waren. Kein ernster Mann, kein erwachsener Arbeiter hat daran teilgenommen, nur der Straßenmob, größtenteils halbwüchsige Burschen, die, oftmals vom Hunger getrieben, sich hie und da zu Gewalttaten hinreißen ließen.

Der Gemeinderat der Stadt Krakau und der Fürstbischof Sapieha erließen am gleichen Tage beruhigende Aufrufe an die Bevölkerung, die gewiß ihre Wirkung nicht verfehlt hätten, wenn nicht die Krakauer Zensur so töricht gewesen wäre, ihre Veröffentlichung zu unterdrücken. Nachdem der bischöfliche Aufruf von den Kanzeln der Kirchen verlesen wurde, haben die Exzesse aufgehört. Die Feinde Polens benutzen diese Gelegenheit zu Umtrieben gegen das polnische Volk und die polnische Kultur, die mit diesen Erscheinungen, die von jedem Polen verdammt werden, nichts Gemeinsames hat. Diese Demagogie ist jedem ehrlichen Menschen so verabscheuungswürdig, wie die antisemitische.

Aus Stryj in Galizien erhalten wir von der Verwaltung der israelitischen Kultusgemeinde eine vom 23. d. M. datierte Zuschrift, wonach dortselbst keine Judenprogrome stattgefunden haben.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 10.